

Zeitschrift: Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt
Herausgeber: Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich
Band: - (1998-1999)

Artikel: Wem nützt der neue Urbanismus? : 'Zero Tolerance', die "Giuliani-Zeit" und der Revanchismus der Neunziger
Autor: Smith, Neil
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1072622>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Am 9. August 1997, als die Polizei zu einem Nachtclub in Brooklyn gerufen wurde, um eine Schlägerei zwischen Gästen zu beenden, wurde ein Unbeteiligter verhaftet und auf der Wache schwer mißhandelt: Abner Louima, ein in New York lebender Immigrant aus Haiti. Vier weiße Polizisten vergewaltigten ihn mit dem Stiel eines Toilettensaugers, den sie ihm anschließend in den Mund rammten. Als Louima im Krankenhaus noch um sein Leben kämpfte und die Nachricht von dem brutalen Polizeiübergriff an die Öffentlichkeit drang, wurde auch bekannt, daß die Polizisten während der Mißhandlungen gesungen hatten: „Es ist Giuliani-Zeit, nicht Dinkins-Zeit.“

Auch wenn letztere Information später dementiert wurde, das Bild hatte sich in der Vorstellung der Menschen festgesetzt. Der Begriff „Giuliani-Zeit“ bezog sich auf Rudolph Giuliani, der im Januar 1994 die Nachfolge von David Dinkins als Bürgermeister von New York angetreten hatte. Die eigentliche „Giuliani-Zeit“ begann im Sommer 1994, als ein Dokument mit dem unverfänglichen Titel *Polizeistrategie Nr. 5* veröffentlicht wurde, in dem es um die „Rückgewinnung der öffentlichen Räume von New York“ ging. Das von Giuliani und dem damaligen New Yorker Polizeichef, William J. Bratton, gemeinsam verfaßte Dokument markierte deutlicher als alles andere den Beginn eines US-amerikanischen *Fin-de-siècle*-Revanchismus: die Satzung eines „neuen Urbanismus“, der sich gründlich von demjenigen unterschied, den Architekten und Städteplaner propagierten.¹ Als integraler Bestandteil des neuen Urbanismus mit seinem Rückzug auf neotraditionelles Design bleibt die revanchistische Stadt in dieser modernsten aller vormodernen Architekturen doch bängstigend unsichtbar.

Der französische ‚Revanchismus‘ des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts war die politische Bewegung eines zahlenmäßig unbedeutenden rechten Flügels, in dem sich radikaler Nationalismus, Rachegefühle sowie die reaktionäre Verbitterung über den angeblichen Liberalismus des Reformkabinetts im Zweiten Kaiserreich und die sozialistische Bedrohung durch die Pariser Kommune miteinander verbanden.² Eine vergleichbare, wenn auch vermutlich weniger bewußt organisierte Bewegung hat sich gegen Ende des zwanzigsten Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten entwickelt. Von durchaus symbolischer Bedeutung könnte sein, daß dies ausgerechnet in der traditionell liberalen Stadt New York geschah. Während Anfang 1990 die Wirtschaft eine rasante Talfahrt erlebte, die Arbeitslosenquote

auf über zehn Prozent anstieg und vom Liberalismus der Mittelklasse nur noch ein Bodensatz von Eigeninteressen übrig blieb, machte sich in den New Yorker Medien und in der Mittelklasse düstere Sorge breit. Reparaturarbeiten an Straßen und Brücken blieben aus, die Kriminalität stieg an, Immobilienbesitzer ließen ihre Häuser wieder leerstehen, die städtischen und staatlichen Mittel für Wohnungsbau, Bildungswesen und Gesundheitsfürsorge wurden drastisch gekürzt, hungernde Obdachlose durchstreiften hoffnungslos die Straßen. Giuliani machte sich die daraus resultierende Furcht der Bürger geschickt zunutze. „Die abwärts führende Spirale des städtischen Verfalls“, die er ausmachte, war nur zu real, aber der Erlaß der *Polizeistrategie Nr. 5* zementierte zwei fundamentale ideologische Verschiebungen: Zum einen enthielt das Dekret eine immanente Schuldzuweisung, nämlich an die Feinde, die der weißen Mittelklasse eine Stadt gestohlen hatten, deren Besitz diese als ihr Geburtsrecht betrachteten; zum anderen versprach es eine Lösung, die dieses Recht untermauerte. Anstatt die Kapitalflucht der Kapitalisten, die Vernachlässigung der Wohnhäuser durch deren Besitzer und den Rückzug der politischen Vertreter auf die Interessen ihrer eigenen Klasse und Rasse anzuprangern, blies Giuliani mit erheblichem Getöse zu einem ganz anderen Rachezug. Er bezeichnete Obdachlose, Bettler, Prostituierte, Müllsammler, Hausbesetzer, Graffiti-maler und „rücksichtslose Radfahrer“ als die eigentlichen Feinde der öffentlichen Ordnung und Sicherheit; sie seien schuld am Niedergang der Stadt und verbreiteten Angst und Schrecken. „Verschmutzung und Ruhestörung an den öffentlichen Plätzen der Stadt“ seien „die sichtbaren Zeichen einer außer Kontrolle geratenen Stadt, einer Stadt, die nicht in der Lage ist, ihre Räume und ihre Kinder zu schützen“³.

Die darauf einsetzende Kampagne zur Bekämpfung der Kriminalität war einer der Stützpfeiler der sich entwickelnden revanchistischen Stadt. Die Polizei wurde angewiesen, allen mutmaßlichen Kleinkriminellen, deren Verhalten „die Lebensqualität beeinträchtigte“, mit „null Toleranz“ zu begegnen. Waren sie erst einmal verhaftet, sollte ihnen ebenso unnachgiebig der Prozeß gemacht werden. Obdachlose wurden zur besseren Überwachung in einer „Datenbank“ erfaßt, die Dienststellenleiter wurden mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet, die es ihnen ermöglichten, gesetzliche und dienstaufsichtsrechtliche Kontrollen des polizeilichen Vorgehens zu verhindern: „Proaktive“ Säuberung

hieß das im Jargon der *Polizeistrategie Nr. 5*. Wie die Polizisten die Straßen säuberten, war ihre Sache. Diese Generalvollmacht für die New Yorker Polizei schränkte Giuliani lediglich durch die Mahnung ein, man habe sich selbstverständlich auf dem Boden des Gesetzes zu bewegen ...

Am Ende des Jahrtausends zeigt sich die Stadt New York in radikal verändertem Licht. Die Strategie der „Null-Toleranz“ hat eine ganz eigene Furcht vor der Polizei erzeugt, die Kriminalität ist drastisch zurückgegangen, das Budget für die Unterhaltung von Gefängnissen ist entsprechend gewachsen, während die Mittel für den Bildungssektor ständig gekürzt werden.⁴ Die Verlagerung des Vertrauens und der Macht von den gewählten politischen Vertretern auf die Polizei, die Aufhebung bestehender Beschränkungen der polizeilichen Machtbefugnisse im Namen des „Kampfes gegen den Verfall der öffentlichen Ordnung“ und die scharfe Klassen- und Rassendefinition der Voraussetzungen, die als Träger einer „anständigen Gesellschaft“, „urbanen Ordnung“ und „Lebensqualität“ zu gelten haben, zeichnen ein beängstigendes Bild möglicher urbaner Entwicklungen in der Zukunft. Daß die *Polizeistrategie Nr. 5* die Geschicke des urbanen Lebens in New York unumwunden und hauptsächlich zu einer Frage des polizeitaktischen Vorgehens erklärt, klingt nicht weniger bedrohlich. Der Revanchismus traf mit aller Härte vor allem die Obdachlosen, deren Zahl sich in New York auf etwa 100.000 beläuft. Unter Giuliani hat die Stadtverwaltung in einer konzertierten Aktion, die 1991 ins Leben gerufen wurde und 1994 ihren traurigen Höhepunkt erreichte, die rücksichtslose Säuberung der Straßen, Parks, U-Bahn-Anlagen und Unterführungen betrieben, buchstäblich jeder Nische und jedes Winkels in Manhattan, die als Unterschlupf dienen konnten.

Das 1994 wiedereinsetzende wirtschaftliche Wachstum hat der reaktionären Politik der auf den Trümmern einer liberalen Stadtpolitik errichteten Vergeltung zusätzlich eine aggressive marktwirtschaftliche Note gegeben. Immobilienpreise und Mieten sind seither um bis zu 30 Prozent gestiegen, die 1997 veranlaßten Bemühungen um eine Mietpreisbindung hinderten die Hausbesitzer in den seltensten Fällen daran, ihre Mieter massenhaft vor die Tür zu setzen, immer mehr Menschen leben wieder am Rande des Existenzminimums, und die Brutalität, mit der Vermieter versuchen, Bewohner aus ihren Häusern zu vertreiben, hat wieder extreme Formen angenommen. 1997 wurde ein

Hausbesitzer in Brooklyn vor Gericht gestellt, weil er eine Terrorkampagne gegen seine Mieter organisiert hatte, um sein Haus für einen an dieser Stelle geplanten, höchst profitablen Neubau zu räumen. Der Fall erinnerte an die späten achtziger Jahre. Die Anklage lautete auf versuchten Mord und Brandstiftung. Dem Vermieter wurde nicht nur vorgeworfen, sein eigenes Haus angezündet zu haben, um die Bewohner zu vertreiben, er wurde auch beschuldigt, einem seiner Mieter eine Überdosis Drogen injiziert zu haben.⁵ Schätzungen zufolge ist die Zahl der Obdachlosen zwischen 1994 und 1997 um 15 Prozent gestiegen. So deprimierend es auch sein mag, rückblickend muß man doch sagen, daß die Bereicherungswut der achtziger Jahre einen menschenfreundlicheren Urbanismus repräsentierte als die beängstigende Kälte der Neunziger.

New York hat den neuen urbanen Revanchismus nicht für sich gepachtet. Über vierzig weitere Städte in den Vereinigten Staaten haben ähnliche Strategien mit dem Ziel einer proaktiven Säuberung der öffentlichen Räume übernommen. Im kalifornischen Santa Ana, um nur ein Beispiel zu nennen, hat „der Stadtrat den Beschluß gefaßt, Vagabundentum im innerstädtischen Bereich nicht mehr zu dulden. [...] Ziel dieses Programms ist es im wesentlichen, alle Nichtseßhaften samt ihrer Siebensachen zu entfernen [...], indem man sie von den innerstädtischen Plätzen, die sie frequentieren, konsequent vertreibt.“⁶

In vieler Hinsicht hängt dieser neue Revanchismus damit zusammen, daß sich der Stellenwert der Städte im Rahmen der globalen Wirtschaft verschoben hat. Die kapitalistische Stadt des Westens im zwanzigsten Jahrhundert galt, unabhängig von den unzähligen anderen Funktionen und Aktivitäten, die sie beherbergte, als der geographische Ort der gesellschaftlichen Reproduktion. Die keynesianische Stadtpolitik baute von den dreißiger bis zu den siebziger Jahren auf eine breitangelegte Unterstützung der lokalen gesellschaftlichen Reproduktion, die der Kapitalakkumulation in wirtschaftlicher politischer und ideologischer Hinsicht Vorschub leistete. Und Theoretiker von Henri Lefebvre über Manuel Castells bis zu David Harvey interpretierten die sogenannte urbane Krise der siebziger Jahre als Produkt einer Krise der gesellschaftlichen Reproduktion, die zweierlei Ursachen hatte: zum einen die dysfunktionalen Auswirkungen von Klassenausbeutung, Rassismus und patriarchalen Strukturen, zum anderen den Widerspruch zwischen einer strikt am Prinzip der Profitabilität orientierten

urbanen Form und ihrer gleichzeitig geforderten Funktion als Instrument zur Reproduktion der Arbeitskraft. Fast ein Vierteljahrhundert später, mitten in der fieberhaften Geschäftigkeit der „Globalisierung“, klingen uns diese Diagnosen fast vertraut in den Ohren, und die als gegeben vorausgesetzte Verantwortung für die gesellschaftliche Reproduktion ist aus dem Gefüge der urbanen Funktionen weitgehend getilgt.

Diese Entwicklung hat verschiedene Dimensionen: das Abbröckeln der Staatsgrenzen als *ökonomischer* (nicht notwendigerweise politischer und kultureller) Beschränkungen der Beweglichkeit des Kapitals; die daraus resultierende Internationalisierung der Klassenbeziehungen und der Reproduktion der Arbeit; eine nie zuvor dagewesene massenhafte Verlagerung der Arbeit von der Mitte der siebziger Jahre an; die daraus wiederum resultierende unternehmerische Haltung der Stadtverwaltungen, die das Kapital mit bestimmten Versprechungen anlockten, diese jedoch mit dem Thema ‚Arbeitsplätze‘ verbanden; die abnehmende Bereitschaft der vergleichbaren Problemen konfrontierten Nationalstaaten, die gesellschaftliche Reproduktion in der bis dahin gewährleisteten Höhe weiter zu finanzieren; das (bis in die jüngste Gegenwart) deutliche Scheitern von Klassen- und Rassenkämpfen, sowohl unmittelbar als auch über das Mittel der wirtschaftlichen und geographischen Neustrukturierung. Alle diese Entwicklungen haben dazu beigetragen, die historische Verantwortung der Städte als von Dienstleistungsträgern für eine stetig anwachsende „Überschuß“-Bevölkerung zu untergraben, und sie boten den Stadtverwaltungen zugleich den willkommenen Anlaß, sich in unternehmerisch orientierte Körperschaften zu verwandeln.

Im Revanchismus der Jahrtausendwende offenbart sich in jeder Hinsicht die häßliche Kulturpolitik der neoliberalen Globalisierung. Auf unterschiedlichen Ebenen manifestiert sich in ihm die Reaktion einer weißen Mittelklasse, die ihre Interessen gegen diejenigen Menschen verteidigt, die ihr nach ihrem Verständnis ihre Welt (und ihre Macht) gestohlen haben. Aber der Revanchismus zeigt sich nicht nur in diesen engen Grenzen, er bezieht auch beträchtliche Teile der weißen Arbeiterschaft und der schwarzen Mittelklasse ein, das unterschwellige Thema von Tom Wolfes facettenreichem Roman *Fegfeuer der Eitelkeiten*, der unter dem gleichen Titel verfilmt wurde. Der Herausgeber von *Harper's Magazine*, Lewis Lapham, hat dasselbe Thema aufge-

griffen, in dem er eine Verbindung herstellt zwischen der Tendenz zum „reaktionären Chic“ und der abwärts weisenden Mobilität sowie der „strukturellen Arbeitslosigkeit“, von der viele Angehörige der gehobenen Mittelklasse betroffen sind.⁷

Das Fernsehen thematisiert und fördert den neuen Revanchismus in voyeuristischen Pseudodokumentationen über Verbrechensbekämpfung und Polizeiarbeit. Der neue Revanchismus zeigt sich in einem kollektiven Neoliberalismus, wie er sich in der Medienkampagne gegen „political correctness“ ausdrückt. Der Revanchismus der neunziger Jahre ist die Vergeltung für die Sechziger. Um es in den Worten eines aus lauter Verbitterung zum Revanchisten gewordenen Liberalen auszudrücken: „Die zwei Hälften des Liberalismus der Sechziger – gesellschaftliche Freiheit und wirtschaftliche Einschränkung – stützten sich wechselseitig. Miet-, Bebauungs- und Unternehmensverordnungen“ hatten den großen Städten „teure und ineffektive Verwaltungsapparate aufgebürdet“, von denen nur die gescheiterten Existenzen und die Armen, sowie die Sozialarbeiter und „Berufs-Altruisten“ profitierten, die „vom persönlichen Scheitern der abhängigen Bevölkerungsgruppen dieser großen Städte lebten.“⁸

Aus internationaler Sicht ist der neue Revanchismus ein erbitterter Angriff der Vereinigten Staaten gegen diejenigen, denen man vorwirft, das Gründerideal des achtzehnten Jahrhunderts eines amerikanischen Globalismus und das Jahrhundert Amerikas verraten zu haben: eine militärische und ideologische Hysterie, die sich seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers in Europa und Asien nach 1989 ständig gesteigert und in den Arabern ihr Opfer, die Parias dieser Welt ausgemacht hat.

Der US-amerikanische Liberalismus des zwanzigsten Jahrhunderts war die historische Ausnahme. Er repräsentierte eine Abweichung, nicht die Regel, eine strategische Weiterentwicklung des traditionellen Liberalismus als Gegengift gegen den Sozialismus. Nachdem diese Gefahr nun offensichtlich beseitigt ist, ist der neue Liberalismus tatsächlich ein Rückfall in genau diesen fundamentalistischen Gründerliberalismus des achtzehnten Jahrhunderts, der in einem für seine Zeit fortschrittlichen Schritt die Komplizenschaft zwischen Demokratie und Individualinteressen förderte. Adam Smith, Thomas Hobbes, John Locke, David Hume und Kant waren seine geistigen Väter – Neoliberalismus, „reaktionärer Chic“, neuer Konservatismus, die revanchi-

stische Stadt und sogar die Kant-Renaissance in der Gesellschaftstheorie sind seine direkten Nachfahren. Wie Kritiker außerhalb der Vereinigten Staaten sehr richtig bemerkt haben, markieren Niedergang und Ende des keynesianischen Interventionismus – von Wohlfahrtsstaat und urbaner Politik zum staatszentrierten Modell einer internationalen „Entwicklung“ – eine strukturierte politische Rückanpassung an den „Neoliberalismus“.

In dem Vakuum, das der strategische Rückzug der nationalen und lokalen Staatsinstitutionen aus der Verantwortung für die gesellschaftliche Reproduktion hinterlassen hat, haben zwei alternierende Kräfte Fuß gefaßt. Zum einen gewinnt ein Markt, der stärker und expansiver ist als je zuvor, zunehmend die Macht, gesellschaftliche Normen zu bestimmen; der Markt wird immer mehr zum entscheidenden, die „natürlichen“ sozialen Beziehungen und deren Auswirkungen diktierenden Faktor. Daher auch die selbstgefällige These der Wirtschaftswissenschaftler von der Existenz einer „natürlichen“ Arbeitslosenquote, oder die sogenannte biologische Akkumulation, die uns das Projekt zur Erforschung des menschlichen *Genoms* liefert. In diese erste Kategorie gehören auch der neue Malthusianismus* und die Ausmerzung aller radikalen Kräfte aus einer zunehmend institutionalisierten Umweltbewegung.

Aber ein zweiter Aspekt steht dieser alles umfassenden Macht des Marktes insofern nicht nach, als der staatliche Rückzug ebenso selektiv wie strategisch ist. Während Großstädte entsprechend ihren ortsspezifischen Bedingungen höhere staatliche Subventionen für Arbeiter und Arbeitslose, Obdachlose und ethnische Minderheiten erhalten, wird die Krise zugleich mit harter Hand gelenkt. Nachdem die gesellschaftliche Reproduktion schon durch den Rundumschlag der wirtschaftlichen Neustrukturierung in den siebziger Jahren massiv gestört war, kommt es gegen Ende des Jahrhunderts nun zu einer noch weiter reichenden Demontage.⁹

Es ist schwierig, die sozialen Auswirkungen der 1996 von Clinton initiierten „Reform“ des Wohlfahrtswesens zuverlässig einzuschätzen, weil die einzelnen Programmpunkte stufenweise bis zum Jahr 2002 realisiert werden und weil die Reaktionen der lokalen staatlichen und städtischen Behörden an verschiedenen Orten ganz unterschiedlich und teilweise auch noch Veränderungen unterworfen sind. Die Beispiele New York und Santa Ana erlauben allerdings jetzt bereits die Vermutung, daß es zu einer Art geographi-

schen Krätemessens kommen wird, in dem städtische Behörden ihre sozialen Angebote beschneiden, um Obdachlose, Arbeitslose, Kranke, Behinderte, Ausbildungskosten verursachende Kinder und andere, auf Sozialleistungen angewiesene Menschen nach Möglichkeit zu verdrängen, während zugleich mit Millionenbeträgen eine Art „Geo-Bestechung“ als Anreiz für Firmen und Bauprojekte betrieben wird. Einer Schätzung zufolge, die sich ausschließlich auf Los Angeles bezieht, werden die Sozialreformen des Jahres 1996 in den nächsten fünf Jahren allein in dieser Stadt die folgenden Auswirkungen haben: Zwischen 16.000 und 227.000 Menschen werden ihren Krankenversicherungsschutz, und 7.400 bis 30.000 Frauen werden den Anspruch auf Schwangerschaftsvorsorge verlieren. 8.800 bis 15.400 Behinderte werden den Anspruch auf häusliche Pflegedienste einbüßen, und der Kindesmißbrauch wird deutlich zunehmen. Bis zu 50.000 Arbeitsplätze könnten direkt oder indirekt aufgrund der wirtschaftlichen Folgen verlorengehen, und die Zahl der Obdachlosen könnte um 190.000 steigen.¹⁰

Auch wenn diese Schätzungen sich vielleicht als überhöht erweisen könnten und es vielen Opfern der Sozialreform gelingen sollte, für sich eine Lebensgrundlage herauszuschlagen, die beim Existenzminimum oder gar darüber liegt, ist eine beträchtliche zusätzliche „Überschuß“-Bevölkerung im Entstehen begriffen. Während Ende der sechziger Jahre als Reaktion auf die Krise der gesellschaftlichen Reproduktion substantielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden, um den Lebensstandard der geringfügig Beschäftigten zu sichern und die Opposition zu beruhigen, deuten heute alle Zeichen darauf hin, daß der Krise nicht mit finanziellen Abfindungen, sondern vielmehr mit „gesetzlicher Repression“ begegnet werden soll. Die gegensätzlichen Reaktionen auf die Watts-Unruhen 1965 und die Straßenkämpfe in South Central 1992 – erstere lösten eine Lawine von neuen „städtischen Programmen“ aus, letztere hatten eine massive Aufrüstung einer Polizeitruppe zur Folge, deren brutales Vorgehen gegen Rodney King der eigentliche Auslöser der Eskalation gewesen war – sprechen eine deutliche Sprache. Die Tatsache, daß von Kalifornien bis Texas in den Jahren seit 1980 sowohl die Zahl der Gefängnisinsassen als auch der Bau und die Erweiterung von Haftanstalten enorm zugenommen haben, läßt darauf schließen, daß sich die zweite Art der Problemlösung längst durchgesetzt hat.

Natürlich ist die Angst vor Kriminalität kein Thema, das ausschließlich die weiße Mittelklasse tangiert. Der Abbau von Arbeitsplätzen und der traditionelleren Mittel der gesellschaftlichen Reproduktion hat ein ganzes Spektrum alternativer „Erwerbsquellen“ entstehen lassen, vom Straßenraub über Wohnungseinbrüche bis zu Prostitution und Drogenindustrie, die in unverhältnismäßig hohem Maße in den Wohnvierteln der Arbeiterklasse und der Armen ihre Auswirkungen zeigen. Aber zwischen dem zornigen Ruf nach öffentlicher Sicherheit durch die Mütter von Harlem und South Central und der Tatsache, daß fast die Hälfte der männlichen Jugend dieser Viertel in der einen oder anderen Form „Kunden“ des staatlichen Strafsystems sind, klingt ein unüberhörbarer Mißton heraus. Da seit Beginn der achtziger Jahre das von der wohlhabenden Mittelklasse formulierte Gefühl des Bedrohtseins den Umgang mit der Kriminalität eher bestimmt als Appelle der am stärksten Betroffenen, hat sich die Taktik der langen Haftstrafen gegen die Forderung nach Arbeitsplätzen, Wohnraum, Bildung und Sozialleistungen als Mittel der Stunde durchgesetzt. Und hier finden wir eine weitere überaus praktische Verflechtung von Interessen. Den Anstoß zum weltweit größten, 1982 in Kalifornien begonnenen Gefängnisbauprojekt gab nicht etwa ein dramatischer Anstieg der Kriminalität, denn in Wirklichkeit ging die Verbrechensrate in eben dieser Phase zurück. Vielmehr läßt sich behaupten, daß ein reiches Vorhandensein an Kapital, Land und einer aus Weißen, Schwarzen und „Chicanos“** bestehenden „Überschuß“-Bevölkerung in Verbindung mit der zunehmenden Staatsverdrossenheit der Wähler zu Beginn der achtziger Jahre eine heftige Krise auslöste, die sich am wirkungsvollsten durch ein umfangreiches Gefängnisbauprogramm aus der Welt schaffen ließ. Überschüsse an Land, Kapital und Menschen wurden auf diese Weise gebunden, während dem Staat der heißersehnte Beifall der blühenden Gemeinden Südkaliforniens sicher war.¹¹ Der Revanchismus funktioniert. Und die revanchistische Stadt ist der Ort, an dem die beiden Alternativen zum Rückzug des Staates – freie Marktwirtschaft und verstärkte Polizeipräsenz – höchst effektiv gemeinsame Sache machen, fest zusammengeschweißt in einer Politik der Postmoderne.

In den siebziger Jahren wurde die Angst der Linken, der Faschismus lauere hinter der nächsten Ecke, zu einer populären Zielscheibe des Spotts – ebenso wie sich die Sorge um „political correctness“ zur ständigen Quelle von Hei-

terkeit gegen die Linke entwickelte. Nun, da von einer Linken nicht mehr viel übrig ist und der Schwerpunkt der öffentlichen Diskussion sich zu einem *Ultima Thule* des rechten Flügels hin verlagert, fällt es den Neokonservativen zu, genau diese Ängste und Sorgen zu thematisieren. Kein anderer als Edward Luttwak, der konservative Prophet eines globalen Wirtschaftswettbewerbs, warnt heute davor, daß der Faschismus „die Welle der Zukunft“¹² sein könnte. Ob er damit recht hat oder nicht – daß sich die Rechte die Rhetorik der Linken zu eigen gemacht hat und es damit bitter ernst meint, ist beängstigend genug.

Es ist wichtig, die revanchistische Stadt und die Reaktionen darauf anzuprangern. Und es ist wichtig, klar zu sehen, in welcher Weise das politische Wetter die städtische Landschaft abgetragen und unterhöhlt hat und was das bedeutet. Aber das ist nicht alles. Der Revanchismus war weder die zwangsläufige politische oder gesellschaftliche Folge der ökonomischen Krise und Neustrukturierung noch das unumgängliche politische oder kulturelle Produkt des Morgens nach dem „Liberalismus“ der sechziger Jahre. Der Revanchismus war die Wahl einer kleinen Gruppe von Politikern und Unternehmern, die mit einigen anderen eine real herrschende Klasse bilden. Obwohl New York seit 1996 enorme Haushaltsüberschüsse verzeichnet, hat der Bürgermeister der Stadt beschlossen, keinen Pfennig für die Unterbringung von Obdachlosen oder andere dringenden sozialen Belange auszugeben. Statt dessen zahlte er bereitwillig 184 Millionen Dollar dieser Gelder an die florierende Warenbörse für gewerbliche Rohstoffe, weil sie aus der Stadt abzuwandern drohte. Aber mit der revanchistischen Verschmelzung von Marktinteressen und Polizeigewalt erschöpft sich nicht das Spektrum der sozialen Möglichkeiten. Die Enthüllung des revanchistischen Skandals muß dazu dienen, urbanen Alternativen für die Zukunft den Weg zu bereiten, statt sie auszuschließen.

Es gibt noch andere Möglichkeiten. An erster Stelle die Ökonomie. Der weltweite Neoliberalismus hat die Konturen des globalen Kapitalismus deutlicher denn je hervortreten lassen, auch wenn die Zeichen durch die erdrückende Macht der Globalisierung und den Abbau des politisch-ökonomischen Wissens in der Allgemeinheit nicht in ihrer ganzen Bedeutung verstanden werden. Das neoliberale Remake rückt den Kapitalismus eigenartig in die Nähe jener Formen von Ausbeutung und Unterdrückung, die Adam Smith und Ricardo erkannten, die

Marx in aller Schärfe kritisierte und konservative Ökonomen als irrelevant für die Wirtschaftswissenschaften abtun. Wenn wir in diesem Punkt Zustimmung von Seiten des *New Yorker* bekommen, der kürzlich in einem Leitartikel verkündete, was manche von uns vielleicht insgeheim bereits befürchtet haben, daß sich nämlich die Börsenleute der Wall Street durch die Lektüre von Marx ein klareres Bild von den Funktionsweisen des Kapitalismus verschaffen können als mit allen Ausgaben von Samuelsons *Economics*, wissen wir, daß es an der Zeit ist, Marx wieder ernst zu nehmen.¹³ Geeigneter als Ausgangspunkt als alles verharmlosende Gerede der Wirtschaftsexperten über „Kurskorrekturen“ oder, schlimmer noch, als die konfusen und rassistisch klingenden Euphemismen von der „Ansteckungsgefahr“ der „asiatischen Grippe“ könnten diejenigen Analysen der Wirtschaftskrise sein, die von einer rigoroseren Interpretation des Börsenkrachs im Oktober 1997 und der darauffolgenden Krise in Asien ausgehen.

Aber da unsere Sorge der revanchistischen Stadt gilt, ist es der Staat, den wir begreifen müssen, und in *dieser* Hinsicht ist uns Marx keine große Hilfe. Seit den siebziger Jahren ist viel politische Arbeit und Zeit darauf verwendet worden, verschiedene Winkel des Sozialstaats gegen die räuberischen Ambitionen der Regierung zu verteidigen, und das mit gutem Grund. Inzwischen scheinen wir die Kritik am Staat jedoch vergessen zu haben – die Kritik an seinen Klassen-, Rassen- und Geschlechtsinteressen stützenden Institutionen und Machtstrukturen –, und das hat uns in bezug auf die Verteidigung des Staates in eine ambivalente Situation gebracht. Es gibt heute keine Stimme, die sich öffentlich gegen den aus der typisch amerikanischen Verwechslung von Liberalismus und Sozialismus genährten Irrglauben erheben würde, die Linke würdige den Staat als Garanten der gesellschaftlichen Veränderung und der Gerechtigkeit. Zumindest ist es an der Zeit, dies zu revidieren und wieder auf deutliche kritische Distanz zum Staat und zur staatlichen Politik zu gehen. Viele von uns mögen es vorziehen, sich an die eigene Nase zu fassen und sich einzugestehen, daß der keynesianische Staat besser sei als gar keiner, aber die zunehmende Transparenz des neuen Staates als Instrument der Vergeltung ist eine hervorragende, wenn auch beklagenswert unproduktive Quelle für unterschiedliche Konzepte eines neuen Urbanismus.

Die Behauptung der Moralisten, „Politik werde auf lokaler Ebene entschieden“, ist angesichts des globalen Neoliberalismus töricht und kontraproduktiv. Nicht, daß Lokalpolitik ohne Bedeutung wäre, ganz und gar nicht; aber sie genießt keine Exklusivität. „Lokal und global denken und handeln“ ist eine ungemessenere Handlungsanweisung. Es ist das wichtigste politische Anliegen überhaupt, lokale und globale Interessen und alle dazwischenliegenden Ebenen miteinander in Verbindung zu bringen. Dazu ist es notwendig, wieder ein Gefühl dafür zu entwickeln, daß eine andere Auffassung von Globalismus möglich ist. Von Jim Morrisons „We want the world and we want it now!“ von 1967 bis zum Band-Aid-Song „We are the world“ von 1980 vollzieht sich in einem Sprung über zwei Jahrzehnte der idealistische Verzicht auf politische Kultur, durchsetzt mit imperialer Arroganz, die unser lokales Ich mühelos zum naturgegeben globalen macht. Diese selbstgefällige Sicht mag für einige im metaphorischen Sinne zutreffen, aber in Wirklichkeit handelt es sich um eine kollektive politische Lüge. Heute, da der Glanz der Identitätspolitik*** der achtziger und frühen neunziger Jahre zu verblassen beginnt, ist es wichtig, sich die fundamentale Einsicht in das weite Spektrum gesellschaftlicher Unterschiede zu bewahren, das die Politik der revanchistischen Stadt und auch die Motivation kennzeichnet, Alternativen zu finden. Nicht, daß es *keine Politik* gäbe, ist heute das Problem, sondern daß es keine politische Bewegung gibt: Die Bürger der revanchistischen Stadt sind bei aller Wahlmüdigkeit enorm politisch, auch wenn sich diese Politik weitgehend und provokativ jedem organisierten Ausdruck verwehrt. Ebenso wichtig ist es aber, einen Sinn dafür zu entwickeln, wie sich Alternativen entfalten können und woher die Anstöße zur Veränderung kommen können. Die wieder zunehmende Bereitschaft, sich gewerkschaftlich zu organisieren, der Erfolg des UPS-Streiks, regionale Erfolge der Stadtteilarbeit oder die offensiven Aktivitäten der „Coalition for the Homeless“, eine viel beachtete Konferenz zum Thema Polizeibrutalität in Harlem sowie unzählige Mieter-, Wohlfahrts- und Umweltorganisationen und Aktivitäten sind ebenso Teil dieses Prozesses wie der Protestmarsch von Brooklyn zur Stadtverwaltung, mit dem 10.000 Menschen gegen den Bürgermeister und die Härte der Polizeitruppen demonstrierten, nachdem der brutale Übergriff auf Abner Louima bekanntgeworden war. Weniger ermutigend war die Tatsache, daß Giuliani die Empfehlungen der von ihm selbst zur Untersuchung der Vorgänge eingesetzten Sonderkommission ungestraft ignorieren und sogar konterkarieren

konnte, indem er einigen Polizeibeamten außergewöhnlich hohe Gehaltszulagen gewährte.¹⁴

Um die Geschichte der revanchistischen Stadt zu einem Happy-end zu bringen, bedarf es großer politischer Anstrengungen, und eine gründliche Analyse muß sich mit einem hohen Maß an Vision verbinden. Der Liberalismus ist, um Habermas' Diagnose der Moderne zu folgen, „die beherrschende Kraft, aber tot“^{***}, und damit öffnet sich zwar ein weites Feld der ungeahnten Möglichkeiten, aber die Aussichten sind auch ein wenig beängstigend. Der von oben lancierte Revanchismus muß zwangsläufig auf Widerstände stoßen. Andererseits aber ist die revanchistische Stadt von Grund auf widersprüchlich. Als sich Rudolph Giuliani 1997 mühelos für eine zweite Amtsperiode gegen die demokratische Konkurrentin Ruth Messinger durchsetzen konnte, die eine bössartige Kampagne der Lokalpresse als kraft- und saftlose, allzusehr um die Besitzlosen besorgte Liberale denunzierte¹⁵, gewann er diese Wahl ungeachtet einer gleichgültigen Wählerschaft, einer sinkenden Beliebtheitsrate in den Umfragen vor der Wahl und einer breiter werdenden ethnischen und sozialen Kluft zwischen Anhängern und Gegnern. Um es ganz deutlich zu sagen: Unmittelbar vor der Wahl sahen 81 Prozent der befragten New Yorker Bürger in der Brutalität ihrer Polizeitruppen ein ernstzunehmendes Problem.¹⁶ Überraschend deutlich allerdings wird der Mangel an organisierten Alternativen, wenn man sich klar macht, daß viele, wenn nicht die Mehrheit dieser Menschen trotz allem ihre Stimme dem siegreichen Giuliani gegeben haben müssen.

Aber ein von oben diktiert Revanchismus provoziert auch eine deutliche Reaktion von unten. Sie kann die Form der Straßenkämpfe in Los Angeles annehmen oder sich auch von der häßlicheren und verheerenderen Seite des Bombenanschlags von Oklahoma zeigen. Oder sie kann aus der weit verbreiteten Verärgerung und dem Zynismus gegen jede Form von Regierung und Staatsgewalt zutage treten, die in den altamerikanischen Milizen der Ultrarechten ihren bitteren Niederschlag findet. Revanchismus, ob von oben oder von unten, kann nicht die Antwort sein. Ein neuer und völlig anderer Urbanismus ist der Preis, der für die Entwicklung einer Alternative winkt.

Aus dem amerikanischen Englisch von Waltraud Götting

Anmerkungen

- 1 Rudolph W. Giuliani und William J. Bratton, Police Strategy No. 5: Reclaiming the Public Spaces of New York, Office of the Mayor, 1994
- 2 Eine ausführliche Diskussion des alten und neuen Revanchismus findet sich in Neil Smith, *New Urban Frontier: Gentrification and the Revanchist City*, Routledge, New York und London 1996
- 3 A.a.O., S. 5
- 4 Cindi Katz, „Disintegrating Developments: Global Economic Reconstructing and the Eroding Ecologies of Youth“ in: Tracy Skelton und Gill Valentine, Hg., *Cool Places: Geographies of Youth Culture*, Routledge, London 1998, S. 130–144
- 5 John Sullivan, „Landlord is Charged with Waging Campaign of Terror“, *New York Times*, 3. Oktober 1997
- 6 Tobe gegen die Stadt Santa Ana, Cal.Rptr. 2d 386–8, Cal.Ct.App. 1994
- 7 Lewis Lapham, „Reactionary Chic“, *Harper's*, März 1995
- 8 Fred Siegel, *The Future once Happened here*, Free Press, New York 1997, XI
- * Der Malthusianismus oder das ‚Malthussche Bevölkerungsgesetz‘ geht auf den englischen Geistlichen und reaktionären Nationalökonom Thomas Robert Malthus (1766–1834) zurück, der die ‚Übervölkerung‘ als wesentliche Ursache des sozialen Elends ansah und zu dessen Linderung Geburtenregelung empfahl. (Anm. d. Hg.)
- 9 Stuart Hall, *Policing the Crisis*, Macmillan, London 1978; Cindi Katz, „Disintegrating Developments ...“, a.a.O.
- 10 Jennifer Wolch und Heidi Sommer, Los Angeles in an Era of Welfare Reform: Implications for Poor People and Community Well-Being. Bericht für das Southern California Inter-University Consortium ‚Homeless and Poverty‘, April 1997
- ** Gebräuchliche Bezeichnung für mexikanischstämmige Amerikaner und deren Nachfahren (Anm. d. Hg.)
- 11 Ruth Wilson Gilmore, *From Military Keynesianism to Post-Keynesian Militarism*, Dissertation, vorgelegt an der Geographischen Fakultät der Rutgers University, 1997
- 12 Edward Luttwak, „Why Fascism is the Wave of the Future“, *London Review of Books*, November 1995
- 13 John Cassidy, „The Return of Marx“, *The New Yorker*, 20. und 27. Oktober 1997, S. 248–259
- *** Identitätspolitik umfaßt im weitesten Sinne die politischen Bewegungen, die die Zugehörigkeit zu Rassen und Ethnien sowie die körperliche und soziale Geschlechtszugehörigkeit zu öffentlichen Themen gemacht haben. (Anm. d. Hg.)
- 14 Dan Barry, „NYC Mayor Scorns his Panel's Proposals on Police“, *New York Times*, 27. März 1998
- **** Die Formulierung „dominant but dead“ findet sich in einem Vortrag, den Jürgen Habermas in englischer Sprache gehalten hat: *Modernity versus Postmodernity*, New German Critique 22/1981; danach in Hal Foster (ed.), *The Anti-Aesthetic* (1983) (Anm. d. Hg.)
- 15 R. W. Apple Jr., „Heroic, or Just Quixotic, Messinger Tilts in Populist Tradition“, in: *New York Times*, 26. Oktober 1997
- 16 Adam Nagourney, „Poll Finds Optimism in New York, But Race and Class Affects Views“, *New York Times*, 12. März 1997